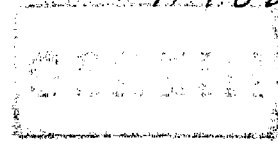


2 maart 1962

U 1901/62 - C 46 - P1/PS9.

PA 10283/17



Land : D.D.R./Berlijn.

Onderwerp : Ausführungen des SBZ-Aussenministers BOLZ vor der Volkskammer über den Berlin-Verkehr.

Referenties :

Feitelijke datum: Eind januari 1962.

Datum van waarneming: Tweede helft februari 1962.

Bron : Bron is betrouwbaar; de inhoud van het bericht is waarschijnlijk betrouwbaar.

Opmerkingen :

Verzonden aan: de Minister van Buitenlandse Zaken.

Aan Zijne Excellentie Prof. Dr. J.E. de QUAY
Minister-President

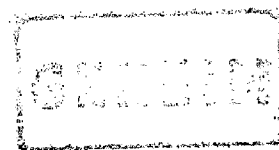
Plein 1813 no. 4

's-GRAVENHAGE.

2. Markt 1962

U 1901/62 - C 46 - F4/PJf

Ausführungen des SBZ-Außenministers BOLZ vor der Volkskammer über den Berlin-Verkehr



Ende Januar 1962

- SBZ-Außenministerium über den Stand der Gespräche THOMPSON-GROMYKO informiert
- Sowjetische Zusagen an die SBZ im Hinblick auf künftige Berlin-Verhandlungen
- Differenzierte Behandlung des alliierten und des zivilen Berlin-Verkehrs
- Verhandlungen zwischen Westberliner Senat und SBZ als Voraussetzung für Regelung der Berlin-Verkehrs

Meldung:

1. Die Anfrage zum Thema der außenpolitischen Sondierungen zwischen dem US-Botschafter THOMPSON und dem sowjetischen Außenminister GROMYKO in der letzten Volkskammertagung war vor der Sitzung im Präsidium der Volkskammer abgesprochen worden. Höhere Funktionäre im SBZ-Außenministerium behaupteten in internen Gesprächen, daß BOLZ dabei den Inhalt von Absprachen zwischen den Regierungen der SU und der SBZ wiedergegeben habe. Das SBZ-Außenministerium sei über den Botschafter der SBZ in Moskau von Außenminister GROMYKO über den letzten Stand der Gespräche mit Botschafter THOMPSON informiert worden.
2. Hinsichtlich der schwebenden Berlin-Verhandlungen habe die SU-Regierung der SBZ folgende Zusagen gemacht:
 - a) Bei etwaigen Verhandlungen über die Zugangswege nach West-Berlin werde die SU-Regierung lediglich diejenigen Vereinbarungen vorbereiten helfen, die sich auf den Verkehr der westalliierten Streitkräfte von und nach West-Berlin beziehen.
 - b) Der zivile deutsche Personen- und Warenverkehr von und nach West-Berlin könnte bei den Sondierungsgesprächen zwar berührt werden; die SU-Regierung sei jedoch nicht bereit, von ihrer grundsätzlichen Auffassung abzugehen, daß dieser Verkehr lediglich von Vereinbarungen zwischen dem Westberliner Senat und der Regierung der SBZ abhängige.
 - c) Die SU-Regierung unterstütze die Rechtsauffassung der SBZ-Regierung, daß neue Vereinbarungen über den Verkehr von und nach West-Berlin - die nach der Übergabe der letzten Souveränitätsrechte an die SBZ erforderlich seien -, nicht nur

Verhandlungen, sondern darüber hinaus die Herstellung normaler Beziehungen zwischen der Westberliner Verwaltung und der SBZ zur Voraussetzung haben würden.

- d) Die SU-Regierung stimme mit der SBZ auch in dem Grundsatz überein, daß konkrete Wegevereinbarungen für West-Berlin, die auf einem "Entgegenkommen" der SBZ beruhten, nur bei einer Grundsatzvereinbarung über die Umwandlung West-Berlins in eine Freie Stadt und seine gebietsmäßige Selbständigkeit gegenüber der Bundesrepublik möglich seien.
- e) Von diesen Prinzipien werde die SU-Regierung auch bei den Sondierungsgesprächen mit Botschafter THOMPSON nicht abweichen. Der amerikanische Wunsch hinsichtlich eines Korridors durch die SBZ nach West-Berlin habe nicht die geringste Aussicht, von der SU-Regierung als Konzession an die Westmächte zu irgendeinem Zeitpunkt aufgegriffen zu werden.

3. Nach Ansicht des SBZ-Außenministeriums wird das Prinzip der sachlichen Trennung zwischen westalliiertem Verkehr und deutschem Zivilverkehr in nächster Zeit in konkreten Vorschlägen an die Westberliner Verwaltung eine stärkere Rolle spielen. Dabei sollen unter anderem Vorschläge der Westmächte an die Adresse der SU zu Angeboten an die Westberliner Verwaltung benutzt werden, um bei einer etwaigen Ablehnung durch West-Berlin den Amerikanern durch die SU-Regierung deutlich zu machen, daß der vom Osten aufgegriffene amerikanische Vorschlag lediglich an der ablehnenden Haltung des Westberliner Senats scheitert.
4. Im SBZ-Außenministerium glaubt man daran, daß dieses Verfahren dazu beitragen werde, daß die Westmächte einen Druck auf die Westberliner Verwaltung ausüben, Verhandlungen mit der SBZ-Regierung aufzunehmen.

5. Der Hinweis ULBRICHTS vor der Volkskammer, daß die SBZ-Regierung ihr ursprüngliches Angebot zur Eröffnung von Passierscheinstellen in West-Berlin für den Besuch von Westberliner Einwohnern in Ost-Berlin aufrechterhalte, steht nach den Informationen aus dem SBZ-Außenministerium im Zusammenhang mit dem durch Außenminister RUSK geäußerten Wunsch nach Lockerung der Sperren zwischen Ost- und West-Berlin. Spätere amerikanische Vorstöße in dieser Richtung sollen von den Sowjets damit beantwortet werden, daß die SBZ-Regierung den Westberliner Behörden mehrfach ein entsprechendes Angebot unterbreitet habe.

Stellungnahme:

Zu Ziffer 2: Nach den von GROMYKO formulierten sowjetischen Vorschlägen soll - unter der Voraussetzung eines Freistadt-Status Westberlins - ein zu treffendes Rahmenabkommen zwar den gesamten Verkehr nach West-Berlin einschließen; die Einzelheiten über die Regelung des Zivilverkehrs müßten jedoch durch entsprechende Verhandlungen zwischen dem Westberliner Senat und der SBZ-Regierung vereinbart werden.

Während BOLZ vor der Volkskammer auf die differenzierte Behandlung des alliierten und des zivilen Verkehrs mit West-Berlin nicht einging, decken sich seine Ausführungen sinngemäß mit der in der Meldung unter den Ziffern 2c, d und e gegebenen Darstellung.